

Der Oberbürgermeister
Hanno Benz

Postfach 11 10 61
64225 Darmstadt

Wissenschaftsstadt
Darmstadt



Herrn
Uli Franke
Öffentlichkeitsbeauftragter des Darmstädter
Friedensbündnisses

Der Oberbürgermeister
Hanno Benz

Neues Rathaus am Luisenplatz
Luisenplatz 5a
64283 Darmstadt
Telefon: 06151 13-2201 - 04
Telefax: 06151 13-2205
Internet: <http://www.darmstadt.de>
E-Mail: oberbuergemeister@darmstadt.de

Datum:
28.12.2024

Sehr geehrter Herr Franke,

ich wende mich an Sie, da die weiteren Unterzeichner des Schreibens nicht namentlich genannt werden.

Eine Kopie dieses Schreibens geht an die Vorsitzenden der demokratischen Fraktionen im Stadtparlament, den Vorsitzenden der Jüdischen Gemeinde, die Vertreterinnen der Evangelischen Kirche und die Medien.

Innerhalb eines Jahres habe ich nun den zweiten Brief Ihres sogenannten Darmstädter Friedensbündnisses erhalten. Der erste Brief kam nach der Verabschiedung einer Resolution für Israel und gegen Antisemitismus durch die Darmstädter Stadtverordnetenversammlung.

Der zweite Brief folgt nun den Ereignissen rund um den als „antikolonialistisch“ bezeichneten Weihnachtsmarkt in einer evangelischen Kirche in Darmstadt.

Ich stelle fest, dass das Friedensbündnis nach dem bestialischen Angriff der Hamas am 7. Oktober 2023 geschwiegen hat. Es gab kein Zeichen der Anteilnahme oder Solidarität mit den Opfern.

Die Hamas ist eine gefährliche terroristische Vereinigung, die Gewalt gegen Zivilisten einsetzt, um ihre politischen Ziele zu erreichen. Der Überfall am 7. Oktober 2023, bei dem Tausende von Israelis getötet oder verletzt wurden, war der weltweit brutalste Angriff auf jüdisches Leben seit der Shoa. Die Hamas verfolgt das erklärte Ziel, Israel auszulöschen und greift Israel seit Jahrzehnten durch asymmetrische Kriegsführung, einschließlich Raketenangriffen und Terroranschlägen, an. Eine Taktik, die zu vielen zivilen Opfern führt und die friedliche Lösung des Konflikts fast unmöglich macht.

Ich frage Sie also: Wo war das sogenannte Darmstädter Friedensbündnis am Morgen des 8. Oktober 2023?

Bereits in Ihrem ersten Brief im Januar dieses Jahres haben Sie auf befremdliche Weise versucht, Ursache und Wirkung zu vertauschen. Sie haben eine Täter-Opfer-Umkehr vorgenommen und haben den Versuch unternommen, den Angriff der Hamas als eine Konsequenz einer „jahrzehntelangen Unterdrückung Israels gegen Palästina“ darzustellen.

Auch in Ihrem aktuellen Schreiben stellen Sie Israel und die Israelis als Monolithen dar, die für alle Leiden im Kontext des Konflikts verantwortlich sind. Damit delegitimieren und dämonisieren Sie Israel in einer antisemitischen Rhetorik. Ihr Schreiben ist erneut gespickt mit problematischen Argumenten und Positionen, die antisemitische Tendenzen aufweisen, auch wenn Sie sich bemühen, diese nicht explizit zu formulieren.

In Ihrem Brief relativieren Sie die Vorwürfe des Antisemitismus, indem Sie auf das Leiden der Menschen im Gazastreifen hinweisen und betonen, dass Kritik an Israel nicht automatisch antisemitisch sei. Leider ignorieren Sie dabei, dass viele der Parolen und Symbole, die auf dem Antikolonialistischen Weihnachtsmarkt gezeigt wurden, klar antisemitisch sind. Damit beteiligen Sie sich aktiv daran, antisemitische Botschaften zu transportieren und unter dem Deckmantel der „Israelkritik“ zu legitimieren.

Sie tun dies auf besonders perfide Weise, indem Sie sich zur vermeintlichen Wahrung der Menschenrechte der Palästinenser das Recht herausnehmen, antisemitische Stereotype weiterzubreiten. Dies führt zu einer gefährlichen Verharmlosung des Holocausts und der damit verbundenen historischen Leiden der Jüdinnen und Juden.

Weiterhin behaupten Sie, dass die Verantwortlichen der Stadt und der Kirche den Raum für Diskussionen einschränken. Diese Argumentation ignoriert, dass es in einer demokratischen Gesellschaft auch Grenzen der Meinungsfreiheit gibt, insbesondere wenn diese Meinungen diskriminierend, antisemitisch und deren Zurschaustellung teilweise verboten sind.

Für einen deutschen Staatsbürger, der noch dazu Mitglied eines kommunalen Parlaments ist, wenden Sie das Wort Genozid nicht nur fahrlässig, sondern auch falsch an. Sie berücksichtigen weder die Implikationen noch historische Kontexte. Ihnen sollte bewusst sein, dass solche Vergleiche in antisemitische Narrative umschlagen. Gerade in Deutschland, wo die Erinnerung an den Holocaust und die Verantwortung für die Verbrechen des Nationalsozialismus eine zentrale Rolle spielen, führt ein solcher Vergleich zur Spaltung der Gesellschaft und fördert Hass und Hetze. Gerade das beabsichtigt die Hamas mit ihren Narrativen, um populistisch für ihre terroristische Sache zu werben.

Gemäß der UN-Genozidkonvention ist Genozid die absichtliche und systematische Vernichtung einer nationalen, ethnischen, rassischen oder religiösen Gruppe. Israel ist durch die Taten der Hamas gezwungen worden, einen Verteidigungskrieg zu führen. Die zivilen Opfer sind auf beiden Seiten hoch. Unser Mitgefühl und unsere Unterstützung müssen natürlich auch den Menschen in Gaza gelten.

Natürlich müssen auch Menschenrechtsverletzungen angesprochen werden – egal von welcher Kriegspartei sie begangen werden. Das gilt übrigens auch für die vielen sexuellen Gewalttaten durch die Hamas.

Der Unterschied zwischen Kritik an der israelischen Politik und Antisemitismus liegt in der Absicht und der Art der Äußerungen. Es ist vollkommen berechtigt, sich mit spezifischen politischen Entscheidungen, Handlungen oder Strategien der israelischen Regierung auseinanderzusetzen. Diese Kritik kann auf legitimen politischen, ethischen oder humanitären Grundsätzen basieren und ist Teil des demokratischen Diskurses.

Wenn Kritik an Israel aber in antisemitische Stereotype oder allgemeine Verurteilungen von Juden als Ganzes umschlägt, wird eine Grenze überschritten. Dies ist zweifelsohne auf dem Antikolonialistischen Weihnachtsmarkt geschehen. Hier wurden Produkte angeboten, die unter anderem das Kennzeichen der verbotenen Terrororganisation Hamas, das rote Dreieck, oder den Slogan „From the river to the sea“ zeigen, der als Code für die von der Hamas angestrebte Auslöschung Israels genutzt wird.

Ihr Versuch, dies zu verteidigen, ist entlarvend. Insgesamt zeigt Ihr Brief eine besorgniserregende Tendenz, die Grenzen zwischen legitimer politischer Kritik und antisemitischer Rhetorik zu verwischen. Legitime politische Kritik basiert auf sachlichen Argumenten und nicht auf Vorurteilen und Diskriminierung.

Ich darf ebenfalls darauf hinweisen, dass Pfarrer Werner bereits den Kontakt zu mir gesucht hat. Ein persönliches Treffen wird Anfang nächsten Jahres stattfinden. Ohne diesem vorwegzugreifen, ist mein Eindruck, dass Herr Werner die Geschehnisse nicht nur zutiefst bedauert, sondern sich auch im hohen Maße von den Veranstaltern hintergangen fühlt.

In diesem Zusammenhang nehme ich Ihren Hinweis auf das Begegnungsfest im Mai dieses Jahres dankend zur Kenntnis. Ich werde diesbezüglich eine Stellungnahme seitens des Amtes für Vielfalt anfordern und mit dem Vorsitzenden des Ausländerbeirates Kontakt aufnehmen. Sollte sich dieser Vorwurf verifizieren, werden wir als Stadt daraus ebenfalls Konsequenzen ziehen.

Denn für mich als Oberbürgermeister steht fest: Es gibt Äußerungen, die sind unverzeihlich. Pauschaler Israel-Hass und die Wiedergabe oder Verbreitung terroristischer Propaganda gehören dazu.

Ich bin entsetzt, dass gerade Sie, Herr Franke, als Stadtverordneter und demokratisch gewählter Volksvertreter, Hass und Gewalt, die sich seit dem 7. Oktober 2023 auch innerhalb der Darmstädter Gesellschaft verbreiten, durch derartige Schreiben und Aktivitäten weiter befeuern. Und dies unter dem Deckmantel eines sog. Friedensbündnisses. Dieses Verhalten gefährdet unsere Demokratie und die Jüdinnen und Juden in unserer Stadt.

Die Zeit des Jahreswechsels ist ja immer auch die Zeit der guten Vorsätze - vielleicht nutzen Sie diese Zeit, um Ihre Meinungen kritisch zu hinterfragen und neu zu bewerten.

Mit freundlichen Grüßen



Hanno Benz
Oberbürgermeister